

#FridaysforFuture - Nanu, Frau Merkel!

Beitrag von „CDL“ vom 10. April 2019 23:52

Der Moscheebesuch war gemäß des von dir verlinkten Artikels 2016 angesetzt, das letzte Mal im Verfassungsschutzbericht des Landes aufgetaucht war gemäß des von dir verlinkten Artikels die Moschee in 2014. Von "Angst vor Indoktrination" kann ich nichts lesen, im [Urteil selbst](#) wird lediglich erwähnt, die Eltern hätten "weltanschauliche Gründe" angeführt gegen den Moscheebesuch. Bitte sauber einordnen, nicht Zusammenhänge konstruieren, die ein bestimmtes Geschmäckle haben. Danke.

Wenn du andere Abgeordnete willst in SH, zieh dorthin, geh wählen oder bring dich sonst aktiv in die Politik ein bei dir vor Ort. Wir leben in einer Demokratie, dieser Weg steht jedem offen, der andere Repräsentanten wünscht. Wo genau steht übrigens für dich, dass es für den grünen Abgeordneten "ein grosser Unterschied sei"? Ich finde in dem Artikel folgende Aussagen der verschiedenen Parteien:

[Zitat von SHZ](#)

(...) Grüner Rasmussen gegen Bußgeld

Ich sehe das Urteil nicht im Konflikt mit der Fridays-for-Future-Bewegung. Rasmus Andresen

Das erklärte der **Grüne Landtagsabgeordnete Rasmus Andresen** am Dienstag. Bei der vom Gericht abgelehnten Rechtsbeschwerde hätten Eltern vorsätzlich ihr Kind nicht zur Schule gehen lassen. „Die Fridays-for-Future-Demonstrationen zeichnen sich dadurch aus, dass Schüler*innen aus eigener Motivation heraus die Schule bestreiken“, sagte Andresen. Laut Schulgesetz sollten Schüler zum „politischen und sozialen Handeln befähigt werden. Bei Fridays for Future zeigen Schülerinnen und Schüler genau das“. Der Grüne spricht sich gegen Bußgeldverfahren in solchen Fällen aus: „Wir raten weiterhin zu einem entspannten Umgang mit engagierten Schüler*innen.“

Jan Marcus Rossa von der FDP-Landtagsfraktion hält es für „wichtig und richtig, wenn unsere Schülerinnen und Schüler im Unterricht etwas über andere Kulturen und Religionen lernen“. Das fördere das gegenseitige Verständnis und helfe, Vorurteile abzubauen. „Den Besuch eines islamischen Kulturzentrums oder einer Moschee aus weltanschaulichen Gründen zu verweigern, erscheint mir vorgeschoben, wenn die Schüler weder an einem Gottesdienst noch an einem konfessionell geprägten Unterricht teilnehmen sollen.“

CDU steht zur Schulpflicht

„In diesem Fall haben die Eltern ihr Kind bewusst der Schule ferngehalten. Bei den Streiks an Freitagen entscheiden sich die Schülerinnen und Schüler bewusst dafür, der

Schule fernzubleiben“, erklärt Tobias Loose. „Dies ist ein kleiner aber feiner Unterschied.“ Es gelte wie immer die Regel der Verhältnismäßigkeit, deshalb sei nicht ausgeschlossen, „dass Ordnungsgelder auch für Schülerinnen und Schüler verhängt werden, die jeden Freitag in der Schule fehlen.“

- Quelle: <https://www.shz.de/23336607> ©2019 (...)

Alles anzeigen

Frenetische Unterstützung der Elternentscheidung kann ich bei keiner der zitierten Parteien erkennen. Mir würden aber durchaus Gründe einfallen, warum man das Bedürfnis haben könnte sich eine Partei herauszuziehen und deren Aussagen verfälscht wiederzugeben. Da kommt zum Geschmäcke noch ein analoges Gerüche dazu...